



# Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: *Ereky, Karl*  
Cím: *Hauptstädtische Politik*

Forrás: *Pester Lloyd*

*Br*

(Hely)

*1923. 7. 29.*

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

Osztályozás

Tárgy

*352*

Hely

Idő

*"1923"*

Személy

Helyzám

*352*

*"1923"*

## Hauptstädtische Politik.

Vom Dipl.-Ing. Karl Ereky,  
Minister a. D.

Es ist noch nie vorgekommen, daß, wie in der letzten hauptstädtischen Generalversammlung, sämtliche oppositionellen Municipalausschußmitglieder ihre Mandate niederlegen hätten. Es geschah, weil sie aus der Wahl Eugen Bilahi-Révis' ersahen, daß die Mehrheitspartei von der unfruchtbaren und gewalttätigen Politik Wolffscher Prägung nicht lassen will. Die Wahl Bilahi-Révis' war jedoch eigentlich nur der letzte Grund für die Demission der Minderheit; sie hat sozusagen nur die Rolle des Zündens gespielt, der die seit langem angehäuften Brennstoffe zur Entzündung brachte. Die tiefere Ursache der Demission ist darin zu suchen, daß die Mehrheit die Opposition aus der Administration der Hauptstadt ausgeschlossen, sie, besser gesagt, in die Kommissionen gar nicht aufgenommen hatte. Die erste Folge dieses verfassungs- und rechtswidrigen Schrittes war, daß die Minorität sich gezwungen sah, in der Generalversammlung die inferiorsten Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, und während in früheren Jahren die meisten Fragen in zwei bis drei Stunden erledigt werden konnten — wurde doch das Schicksal der Vorlagen in den Kommissionen entschieden —, gab es nun tagelange heftige Debatten und Nachsitzungen, die nur zu oft zu leidenschaftlichen Stürmen ausarteten.

Bezeichnend für die gewalttätige Politik Wolffs ist dabei, daß sich die Mehrheit in dieser Atmosphäre des Kampfes auf den Standpunkt gestellt hatte, die Anträge der Opposition überhaupt nicht anzunehmen. War die Minorität mit einem Antrag gekommen, der geeignet schien, die Interessen der Hauptstadt unabhängig vom Parteistandpunkte zu fördern, so wurde er dennoch verworfen und es bildete sich der Usus aus, daß irgendein Mitglied der Majorität den gleichen Vorschlag in veränderter Form unterbreitete, nur damit ja kein guter Antrag der Opposition angenommen werden müsse.

Die Minderheit führte den Kampf gegen den Anhang Wolffs in der Hoffnung, die Majorität werde früher oder später Bernunft annehmen und ihre leidenschaftliche Beschäftigung den wirtschaftlichen Interessen der Hauptstadt unterordnen, als sich schließlich die Opposition in dieser Hoffnung getäuscht sah und erkennen mußte, daß sich Wolff selbst dann nicht um die materiellen Angelegenheiten der Hauptstadt kümmern wollte, als dies schon seine eigene Partei forderte, erreichte ihre Erbitterung den Höhepunkt und die Minorität trat nur deshalb nicht in die vollkommene Passivität zurück, weil es ihr schien, als ob es dem Schreiber dieser Zeilen gelingen könnte, die Politik der Stadtmehrheit in ein volkswirtschaftlich richtiges Fahrwasser zu lenken.

Aber auch diese Hoffnung der Opposition sollte zunichte werden. Karl v. Wolff fühlte nämlich, daß im Augenblick, da die wirtschaftlichen und Verwaltungsprobleme der Hauptstadt in den Vordergrund treten würden, seine Führerrolle ein Ende nehmen müsse. Eben deshalb versäumte er nichts, um die Majorität auch weiter im Geiste der Beschäftigung zu erhalten. Damit aber seine Partei vom Eindruck der Unmöglichkeit einer volkswirtschaftlichen Politik beherrscht bleibe, verkündete er ohne Unterlaß, daß wir in Zeiten lebten, in denen das Schaffen unmöglich sei. Die Mehrheitspartei nahm zwar diesen Pessimismus ihres Führers nicht mit Freuden wahr, wagte jedoch nicht Farbe zu bekennen, und als Anhänger der volkswirtschaftlich orientierten Politik sah sich der Schreiber dieser Zeilen gezwungen, aus der Wolffspartei auszutreten, da er schließlich die Verantwortung für das unfruchtbare Regime der Mehrheit nicht zu tragen gesonnen war.

Als die Opposition konstatierte, daß die Lage sich auch nach längerer Zeit nicht ändere, die Politik Wolffs sogar noch leidenschaftlicher und unfruchtbarer wurde, als sie ohnehin schon war, konnte sie unter der Wirkung der aufgehäuften Erbitterung nach der Wahl des Vizebürgermeisters nichts anderes tun, als ihre Mandate niederlegen.

Nun entsteht die Frage, was geschehen soll! Meinerseits erachte ich für den ersten und dringendsten Schritt, daß an die Spitze der Hauptstadt ein Oberbürgermeister oder ein Regierungskommissär ernannt werde. Es ist undenkbar, daß die Leitung der Verwaltung und der öffentlichen Betriebe der Hauptstadt in der bisher geübten Weise fortgesetzt werde, denn das führt zur Katastrophe. Wenn die Regierung an die Spitze der Hauptstadt eine volkswirtschaftlich gebildete und auch im Verwaltungsweesen bewanderte Persönlichkeit stellt, dann predigt Wolff vergebens, daß wir in Zeiten leben, in denen nichts geschaffen werden könne. Ein guter Leiter der hauptstädtischen Angelegenheiten vermöchte sicherlich zu schaffen, denn gerade heute besteht eine Konjunktur, in der die Unternehmungen der Hauptstadt in einem nie geahnten Maße ausgebaut werden könnten. Heute, in den Tagen der sinkenden Krone, prosperiert jeder Landwirt, Gewerbetreibende und Kaufmann, nur die großen Unternehmungen der Hauptstadt sind nicht imstande, sich zu entwickeln. Wolff hat nur vor Augen, daß die Gasfabrik, die Straßenbahn und die Wasserwerke an der Konjunktur nicht partizipieren können, weil seine Tarifserhöhungen mit dem Niedergang der Krone nicht Schritt zu halten vermögen. Das sieht er jedoch nicht — und wie könnte er es bei seiner metaphysisch orientierten Denkweise sehen —, daß die Lebensmittelbetriebe, die der Gasfabrik angeschlossenen chemischen Industrieanlagen und die übrigen freien Betriebe der Hauptstadt ebenso grandios zu entwickeln wären, wie die analogen Unternehmungen auf dem Gebiete der Privatwirtschaft.

Wenn die Regierung einen sachverständigen und energischen Regierungskommissär an die Spitze der Hauptstadt ernennt, so werden die Betriebe gerettet. Speziell wird der Pferdeexport, werden die Schweine- und Viehmärkte nicht wieder abwandern, wie dies unter der Diktatur Wolffs geschehen ist. Man darf auch hoffen, daß die hauptstädtischen Unternehmungen die gemarterte Budapester Bevölkerung entlasten.

Aufgabe der Opposition wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Deffentlichkeit der Hauptstadt Budapest erfahre, wie nachteilig die unfruchtbare Politik Wolffscher Art für das Publikum ist. Wenn nach den nächsten Wahlen nicht Wolff der Führer der Majorität sein wird, sondern ein praktisch geschulter Volkswirt, der seine Zeit nicht mit Weltanschauungsfragen vertrödelt, sondern sich mit den Angelegenheiten des Alltags befaßt, so werden die kommunale Brotfabrik, die Lebensmittelbetriebe, die Schlachthäuser, die Viehmärkte, der Tattersall und die übrigen freien Unternehmungen, die heute zum Haushalt der Hauptstadt nichts beitragen, eine Entwicklung erleben, die Budapest wieder zur reichsten Stadt des Landes machen und aus den Betriebseinnahmen vielleicht sogar die gesamten Verwaltungskosten decken kann.

Vor den Wahlen werden wir viel zu tun haben, damit die Deffentlichkeit der Hauptstadt aufgeklärt werde, daß die auf Phrasologie, Verfassungswidrigkeit und Gewalt gegründete Politik es ist, mit der man nichts zu schaffen vermag. Uns aber obliegt die Pflicht, wenn wir vorwärtskommen wollen, im Interesse der Hauptstadt und des Landes eine großzügige Kulturarbeit zu vollbringen.